

Im Zusammenhang mit der ausschließlich an Fachausschüsse gerichteten **Mitteilungsvorlage 0321/2013/MV** sagt Herr Oberbürgermeister Dr. Tauras zu, die Große Anfrage der SPD zu beantworten.

Die **Verteilung unbegleiteter minderjähriger Asylbewerber** würde noch nicht funktionieren. Nichtsdestotrotz müssen diese Personen untergebracht werden. Es gebe dringenden Raumbedarf. Die Fallzahl beläuft sich mittlerweile auf insgesamt ca. 450 Fälle. In Folge dessen müssen die zur Verfügung stehenden Alternativen geprüft werden, wobei der Fokus zunächst auf städtische Immobilien gerichtet sei. In diesem Zusammenhang wird die Veräußerung zweier Grundstücke an entsprechende Träger geprüft. Darüber wird in der o. a. Mitteilung informiert. Die Grundstücksgeschäfte könne der Oberbürgermeister angesichts der Wertgrenzen selbst tätigen. Daher sei keine Beschlussfassung vorgesehen. Diese Informationen hätten zu erheblicher Unruhe in der Bevölkerung gesorgt. Vorerst wird davon Abstand genommen, die Grundstücksgeschäfte zu tätigen.

Ein im Internet getätigter Aufruf zu einer „Bürgerwehr“ sei Besorgnis erregend. Es besteht Einvernehmen dahingehend, dass es für Gruppierungen dieser Art keinen Bedarf gebe, die Polizei leiste gute Arbeit.

Ungeachtet dessen erfordere die Unruhe in der Bevölkerung eine besondere Sensibilität und eine möglichst umfassende, zeitnahe Information der Öffentlichkeit. Kritisiert wird, dass die Verwaltung die Kommunalpolitik mit der o. a. Mitteilung zu spät informiert habe.

Deutlich wird die mangelnde Unterstützung durch das Land kritisiert. Es sei absolut unverantwortlich, dass das Land seiner Verantwortung nicht gerecht würde.

Auf Anregung von Ratsherrn Döring wird beschlossen, dass der Oberbürgermeister künftig regelmäßig zur Flüchtlingssituation in Neumünster Bericht erstatten möge.

Ratsherr Kühl mahnt an, **interne Regelungen zur Öffentlichkeitsarbeit bzw. Informationspolitik** zu treffen. Hintergrund seien Äußerungen von MitarbeiterInnen der Stadtplanung gegenüber der Presse bzw. im Zusammenhang mit Grundstücksverkäufen mit denen die Fraktionen dann seitens Dritter konfrontiert würden. Als Beispiel wird die Lage bei den Grundstücksverkäufen hinsichtlich der Entwicklungsfläche Nord aufgeführt.